

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion und Verlag: Berlin C 25, Kleine Alexanderstraße 28. Tel.: E 1
Berolina 5481. Geschäftszeit des Verlages von 149 Uhr bis 17 Uhr.
Erscheint täglich außer Montags
Tel.-Adresse: Postfach Berlin. Bankkonto: Sparkasse und Nationalbank
Berlin, Dep.-Kasse Velle-Alliance-Pl. Verstaigte Zeitungsverträge, G.m.b.H.
Postfach Berlin NW 27278

Bezugspreis: Die 12teilige Monatshefte 70 Pf. Arbeiter-
organisations- und Familienangelegen: Seite 40 Pf.
Einzelhefte: Zeitwort 15 Pf., Heftausgaben 30 Pf., Arbeits-
markt: Wort 5 Pf.
Kriegsentschädigung: Kleine Alexanderstr. 28. Tel.: (2 1) Berolina 1888, 1918.

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Der Faschismus und seine Katastrophen

Reichstagsmehrheit für die faschistische Diktatur — Die Kommunisten rufen das Volk zum antifaschistischen Kampf auf

Der abgrundtiefe Verrat der SPD.

Sozialdemokratische Arbeiter, gebt den Vertretern den Laufpaß!

Der Totenschein

Die Regierungsprelle schreibt: „Sieg Brüning im Reichstag“. Das ist nicht richtig. Der Ausgang der Abstimmung im Reichstag ist nur die parlamentarische Demonstration des Sieges der faschistischen Diktatur über das Parlament. Die Herren „Volksvertreter“ haben damit ihren eigenen Lotenschein unterschrieben. Eine einfache Uebersetzung zeigt das. Was wäre geschehen, wenn der Reichstag mit Mehrheit für die Aufhebung der Hunger- und Notverordnung und für das Mißtrauensvotum gegen Brüning gestimmt hätte. Nichts! Die Diktaturverordnung wäre geblieben. Die faschistische Regierung hätte sich von den letzten Bindungen an die Parteien und das Parlament freigemacht und auch ohne den Reichstag weiterregiert. Die ganze Debatte im Reichstag war nichts anderes als eine Komödie. Brüning bedient sich heute noch, um die parlamentarisch eingestellten Bevölkerungsteile einzuschüchtern. Morgen wird man auch darauf verzichten.

In der gestrigen Reichstagsitzung sprachen für die kommunistische Fraktion die Genossen Schumann, Puh und Torgler. Wir berichten darüber auf der 4. Seite unseres Blattes.

Nach längerem Schwanken kam man in den Abendstunden endlich zu den Abstimmungen. Zuerst wurde über den Antrag auf Aufhebung der Notverordnung abgestimmt, wobei der kommunistische Antrag mit anderen Anträgen gleicher Art verbunden wurde. Die Abstimmung war nauentlich. 253 Stimmen der Kommunisten, der Deutschnationalen, der Nazis, der Wirtschaftspartei und der Landvolkpartei stimmten für die Aufhebung der Notverordnung, während die SPD und die übrigen Parteien sich für die Beibehaltung der Diktaturverordnung entschieden.

Vor der Abstimmung der Mißtrauensanträge gab es eine kleine Kugbalgerei über den „Vertrauensantrag“ der Nazis, der schließlich mit 208 gegen 233 Stimmen bei 22 Enthaltungen als unzulässig erklärt wurde. Die Mißtrauensanträge wurden gemeinsam gegen 256 Stimmen und einer Enthaltung mit 291 Stimmen abgelehnt, wobei wieder die SPD der faschistischen Diktatur ihr Vertrauensvotum ausstreckte.

Auch der kommunistische Antrag zur Aufhebung der Hungerverordnung wurde mit 225 gegen 307 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Die Abstimmung im Reichstag brachte das Ergebnis, das bereits seit einigen Tagen feststand. Der Unterschied zwischen

dem 18. Oktober und dem 6. Dezember ist rein parlamentarisch gesehen der, daß die SPD. damals ihr offenes Eintreten für Brüning dadurch verschleiern konnte, daß sie „nur“ der Uebersetzung der alten Notverordnung an den Haushaltungsauschuß zustimmte, während sie gestern positiv für das faschistische Hungerprogramm und die Regierung Brüning stimmte. Sie lehnte die beantragte Aufhebung der Diktaturverordnung ab. Sie stimmte gegen das Mißtrauensvotum und sprach damit sichtbar für alle Arbeiter ihr Vertrauen einer Regierung aus, die, mit dem Artikel 48 verkleidet, tatsächlich die faschistische Diktatur über Deutschland proklamiert hat.

Im Wahlausruf der Sozialdemokratie war der Kampf gegen die „reaktionäre Brüningregierung“, den „neuen Bürgerblut“ die Hauptlösung. Heute stehen die sozialdemokratischen Führer als Lügner gebrandmarkt vor den Massen. Noch nach dem 18. Oktober versprochen sie, daß bei den neuen Gelegenheiten die Arbeiterinteressen für ihre Handlungen maßgebend sind. Sie haben diese Interessen mit Füßen getreten, haben Verrat verübt. Lüge und Verrat — das ist das A und O der Sozialdemokratie.

Der „Vorwärts“ schrieb gestern: „Es geht um die Erhaltung der Kaufkraft des deutschen Proletariats“. Das ist nicht die Sorge der sozialdemokratischen Führer. Es geht ihnen um die Erhaltung der Posten der käuflichen sozialfaschistischen Sengen. Für dieses Ziel sind sie bereit, an die faschistische Diktatur alle Konzessionen zu machen. Sie stellen sich dieser Diktatur zur Verfügung, um gemeinsam mit der Bourgeoisie die Erhebung des Faschismus zu unterstützen. Das ist der politische Sinn für ihre Abstimmung.

Ramsin erklärt:

Die Kraft der Arbeiterklasse führt das Gelingen des Fünfjahresplans

Schlusswort der Angeklagten im Moskauer Schädlinge-prozess

Moskau, 6. Dezember. Die Schlussworte der acht Angeklagten im Schädlinge-prozess zeigen noch einmal die unerhörte Gefahr der Intervention und auch den Charakter der Leute, deren sich die Bolschewiki bedienen. Die Angeklagten sind vollkommen zusammengebrochen. Sie wissen und erklären, daß sie die Todesstrafe verdient haben, wünschen aber doch weiter zu leben, um „ehrlieh“ am Aufbau des Sozialismus mitzuhelfen.

Zuerst sprechen die Verteidiger der Angeklagten Kuprianow und Simitin. Sie schildern die beiden Angeklagten als die ausführenden Organe, die erst später den wahren Charakter ihrer Rolle im Dienste der imperialistischen Intervention erkannt haben.

Nach einer kurzen Pause erhalten die Angeklagten das Schlusswort. Als erster spricht der Hauptangeklagte Ramsin. Seine Rede zeigt die große Intelligenz und den konzentrierten Willen dieses Schädlinge, der sich seiner verbrecherischen Taten voll und ganz bewußt gewesen ist. Reht habe er erkannt, daß es nur zwei Wege gibt: Entweder mit dem Proletariat, dem Sozialismus, oder rechts nach Paris in den Dienst der kapitalistischen Kriegsverbreiterung, der Sabotage, der Spionage und des Verrats. Er erklärt, daß er die Welle des Hasses und der Empörung des gesamten Proletariats gegen sich und seine Schädlingeorganisation fühlte, und führt dann wörtlich aus:

„Drei Jahre war ich der schlimmste aktive Feind der Sowjetunion. Mein letzter Wunsch: Noch selbst die Zeit des endgültigen Sieges des Sozialismus mitzuerleben. Das proletarische Gericht möge entscheiden, ob es für mich, der ich die Todesstrafe verdient habe, noch weitere Verwendung hat! Wie Schädlinge erzeigten nicht die Mittel-Asiatenkatzen, sondern die Kraft der Arbeiterklasse führt das Gelingen des Fünfjahresplans, ungeachtet unserer

Schädlinge-verbrechen. Nicht wir Ingenieure, sondern die proletarischen Massen haben den richtigen Weg des sozialistischen Aufbaus beschritten.“

Die Angeklagten Tschanowski, Laritschew, Ostkin und Kalmitow, wiederholen noch einmal ihr Schuldbekenntnis. Sie erklären, daß sie es nicht wagen, um Gnade zu bitten, weil sie diese nicht verdient haben. Der Angeklagte Fjedorow zeigt die Zurückhaltung der alten russischen Intelligenz. Er gibt seine moralische Vertommenheit (Bestechungsgelder) offen zu, bittet aber, ihn am Leben zu lassen, um „diesen Schandfleck abzuwaschen“.

In der heutigen Vormittagsitzung geben die Angeklagten Kuprianow und Simitin kurze Schlusserklärungen ebenfalls in dem Sinne ab, daß sie um Gnade bitten, worauf die Urteilsverkündung auf den Nachmittag des 7. Dezember angelegt wird.

Genosse Torglers Rede (4. Seite)

Für die Arbeiterfrau (Beilage)

RM.-Veranstaltungen verboten

Wenn die sozialfaschistischen Führer dafür bezahlt würden, sie könnten die Nationalsozialisten nicht besser unterwerfen, als dadurch, daß sie ihnen freiwillig die Parteiarbeit im Reichstag abgenommen haben. Nur durch diese SPD-Hilfe können sich die Nazis heute noch den Luxus erlauben, eine verlogene Politik der Verschleierung ihrer reaktionären, arbeitserfeindlichen Ziele durchzuführen. Aber auch sie sind gebrandmarkt durch die klare und eindeutige Zustimmung ihrer Landesvertreter aus Thüringen und Braunschweig zum Hungerprogramm im Reichstag.

Die Vertreter der kommunistischen Partei im Reichstag haben nicht nur für die Aufhebung der Diktaturverordnung und das Mißtrauensvotum gegen Brüning gestimmt, sondern unter klarer Erkenntnis der Bedeutungslosigkeit des „Hohen Hauses“ am Tag der Republik als einzige Partei gleichzeitig den Massen den Weg gezeigt, den sie im außerparlamentarischen Kampf gegen die faschistische Diktatur gehen müssen. Um die ungeheuren Lasten, die ihnen erneut aufgelegt werden, von sich zu werfen, um die immer stärker bedrückten Familien der Arbeiterfamilien zu hehren, um das weitere Vordringen des Faschismus mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern, — dazu bedarf es der Entfaltung der ganzen Klassenkraft des deutschen Proletariats in gewaltigen politischen Kampfen, an deren Spitze die kommunistische Partei steht. Jedes Zögern, jedes feige Ausweichen wäre ein Verbrechen an der Arbeiterklasse, die in diesen letzten Tagen stürmische Aktivität entfaltet. Dieser wachsende Kampf des Proletariats ist der Ausbruch dafür, das der Kampf gegen den Faschismus als den Hauptfeind